

Gemeinsamer Antrag der Ratsfraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE: Unterstützung der Kampagne "Steuer gegen Armut" – Finanztransaktionssteuer

(Neufassung)

26. Mai 2011

An Herrn
Oberbürgermeister
Dirk Elbers

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Elbers,

die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke bitten Sie, folgende

Resolution

auf die Tagesordnung der Ratssitzung am 26. Mai 2011 zu nehmen und abstimmen zu lassen:

Die Landeshauptstadt Düsseldorf unterstützt die Kampagne „Steuer gegen Armut“. Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf unterstützt die Forderung der von zahlreichen politischen, kirchlichen und gesellschaftlichen Organisationen initiierten und getragenen Kampagne „Steuer gegen Armut“ nach der Einführung einer möglichst globalen Steuer in Höhe von 0,05 Prozent auf Finanztransaktionen.

Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf fordert Bundestag und Bundesregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass eine Transaktionssteuer auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene verwirklicht wird.

Die hieraus resultierenden Einnahmen sollen nachhaltigen Investitionen in die Armutsbekämpfung, dem Kampf gegen den Klimawandel und dem Bildungsbereich zu Gute kommen.

Sachdarstellung:

Eine Finanztransaktionssteuer würde dazu beitragen, die Anzahl der Finanzaktivitäten - und hier vor allem die besonders schädlichen Spekulationen - zu begrenzen. Diese Steuer wäre umfassender als die sog. „Tobin Tax“, die sich nur auf Währungsgeschäfte bezieht.

Eine Finanztransaktionssteuer wäre deutlich wirksamer als die bislang von der Bundesregierung geplante „Bankenabgabe“, die auch solche Banken, die sich nicht an Spekulationen beteiligt haben (Genossenschaftsbanken, Sparkassen), mit einbeziehen soll.

Darüber hinaus würden durch die geplante Bankenabgabe angesichts des begrenzten Aufkommens in Höhe von etwa einer Milliarde Euro weder weitere Spekulationen erschwert, noch ließen sich mit Hilfe dieser Abgabe die Folgen der Krise finanzieren. Ein weiteres

Manko besteht darin, dass letztendlich die Kundinnen und Kunden der Banken die Abgabe finanzieren würden und damit ein weiteres Mal die Kosten der Krise schultern müssten.

Eine globale Finanztransaktionssteuer in Höhe von 0,05 Prozent könnte jährlich globale Einnahmen in Höhe von einem Prozent des nominalen Welteinkommens generieren. Das wären weltweit rund 500 Milliarden Euro, allein in der Europäischen Union könnten damit etwa 200 Milliarden Euro eingenommen werden.

Weitere Begründung erfolgt gegebenenfalls mündlich.

Mit freundlichen Grüßen

Gudrun Hock

Iris Bellstedt

Norbert Czerwinski

Gilbert Yimbou